

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
und Chef der Staatskanzlei**

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2473

Alle Abgeordneten

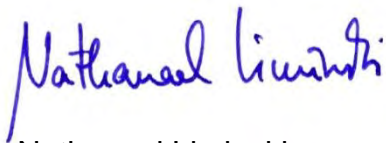
16. April 2024

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Inge Blask MdL von der Fraktion der SPD erbetenen Bericht zum Thema „Neuer Sachstand zu Euregio-Themen“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 19. April 2024.

Für die Weiterleitung dieses Berichtes an den Ausschussvorsitzenden bin ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Nathanael Liminski

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Postanschrift:
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
poststelle@stk.nrw.de

Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei

für den
Ausschuss Europa und Internationales
im Landtag Nordrhein-Westfalen

zum Thema
„Neuer Sachstand zu Euregio-Themen“

(April 2024)

Am 6. Dezember 2023 fand in Nimwegen die 5. Grenzlandkonferenz statt. Mit einer noch engeren Einbindung aller Akteure in der Grenzregion und konkreten Zielformulierungen wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch dieses Format weiter vorangebracht. Das diesjährige Treffen aller Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit findet am 26. September in Krefeld statt.

Die Grenzlandagenda stellt das Arbeitsprogramm mit konkreten Zielen für das nächste Jahr dar. Die fünf Ziele der Grenzlandagenda 2023-24 werden derzeit umgesetzt.

Ziel 1 bildet die Kontaktstellen für euregionale Bildung. Ein Netzwerk von Kontaktstellen wurde eingerichtet. Im Januar 2024 fand erstmalig ein Symposium zur euregionalen Bildung mit knapp 100 Teilnehmern statt. Ziel ist die Organisation eines jährlichen Symposiums, um durch den stetigen Austausch und die Zusammenarbeit Synergieeffekte zu generieren.

Die Zertifizierung von zehn neuen Euregio-Profilschulen, Ziel 2, ist auf dem richtigen Weg. Auch niederländische Schulen können nun zertifiziert werden und zeigen Interesse.

Die Finanzierung der GrenzInfoPunkte, die sich unter Ziel 3 der Grenzlandagenda wiederfindet, erfordert ab 2026 aufgrund von Inflation, der Übernahme neuer Dienstleistungen und der gestiegenen Anfragen eine neue Kalibrierung des Beitrags. Die Landesregierung unterstützt die Arbeit der GrenzInfoPunkte und ist sich der herausragenden Bedeutung für Grenzpendler bewusst.

In Ziel 4 ist der grenzüberschreitende Einsatz deutscher und niederländischer Rettungsdienste formuliert. Bei der letztjährigen Grenzlandkonferenz hat eine Seitenveranstaltung zum Austausch über das gemeinsam geplante Best-Practice-Handbuch sowie zu übergeordnet bestehenden Problemstellungen stattgefunden. Derzeit wird eine Arbeitsagenda zur Vorbereitung von Lösungsansätzen und eines umfänglicheren „Runden Tisches Rettungsdienst NRW/NL“ erarbeitet.

Ziel 5 fordert die Einrichtung eines Liaisonnetzwerkes für grenzüberschreitenden Katastrophenschutz. Der diesbezügliche Workshop hat bereits stattgefunden und der

erste Schritt in Richtung eines Netzwerks ist gemacht. Die Kontaktdaten wurden ausgetauscht und Verbindungspersonen bestimmt.

Das Thema gemeinsame Energieinfrastruktur stellte kein Ziel der Grenzlandagenda 2023-24 dar, sondern das Thema Energie wurde erkundet, um auf dieser Basis konkrete Ziele für die Grenzlandagenda formulieren zu können. Diese Energieexploration wird laut Beschluss vom 6. Dezember 2023 fortgesetzt. Fest steht, dass sich der Blick Nordrhein-Westfalens bei der Energieversorgung nach Westen, also in die Niederlande und Belgien richtet.

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) arbeitet kontinuierlich an der Umsetzung der Absichtserklärungen, die Ministerin Neubaur 2023 zum einen mit der belgischen Energieministerin zum Aufbau einer grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur und zum anderen mit der niederländischen Regierung zur Begleitung des grenzüberschreitenden CO₂- und Wasserstoffpipeline-Vorhabens Delta Rhine Corridor unterzeichnet hat. Das Ministerium steht hierzu in regelmäßigem Austausch mit den jeweils zuständigen Ministerien in Belgien und den Niederlanden, dem Bundesministerium für Wirtschaft- und Klimaschutz, der Bundesnetzagentur und den Fernleitungsnetzbetreibern. Im März 2024 nahm MWIKE auf Arbeitsebene beispielsweise auf Einladung des Bundes am zweiten Deutsch-Niederländischen Expertenforum für Wasserstoffinfrastruktur in Den Haag teil.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und damit für das Wasserstoff-Kernnetz vor dem Abschluss steht. Europapolitisch hervorheben lässt sich, dass das Gesetz mit Beschluss des Bundestagsausschusses für Klimaschutz und Energie mit einem Beihilfevorbehalt versehen wurde und es für die Investitionssicherheit noch der erfolgreichen Notifizierung durch die Europäische Kommission bedarf. MWIKE hat sich über den Bundesrat sowie auch fortlaufend politisch für eine kapitalmarktfähige Ausgestaltung der Finanzierung des Kernnetzes eingesetzt, damit möglichst bald Investitionsentscheidungen getroffen werden können, die über die bisher schon notifiziert abgesicherte regionale IPCEI-Cluster-Kulisse hinausgehen.

Die prekären Unterbringungsverhältnisse von Arbeitsmigranten stellen ein Thema dar, dem sich das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) intensiv widmet. Seit 2022 hat das MHKBD die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Arbeits- und Lebensverhältnisse aufgebaut und stetig verbessert. Bei und nach den insgesamt neun groß angelegten grenzüberschreitenden Kontrollaktionen konnten etliche bauliche bzw. wohnliche Missstände erkannt und beseitigt sowie arbeitsrechtliche Verstöße geahndet werden.

Darüber hinaus stellt das MHKBD den Kommunen seit Dezember 2023 ein Praxishandbuch zur Verfügung, mit dem näher über die Hintergründe der besonderen Herausforderungen informiert wird und rechtliche Möglichkeiten sowie Hilfestellungen für die erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgezeigt werden.

Am 22. Februar 2024 haben das MHKBD und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zudem eine Wissens- und Vernetzungsveranstaltung zur Bekämpfung der Ausbeutungsstrukturen und Verbesserung von Beratungsangeboten für die Betroffenen mit über 100 gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Deutschland und den Niederlanden unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, weiteren Landesministerien aus Nordrhein-Westfalen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Landeskriminalamt, den Kommunen, Arbeitsagenturen, Jobcentern, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen durchgeführt.

Die EUREGIOs sind ein fester und unverzichtbarer Bestandteil der grenzüberschreitenden Vernetzung. Für die Landesregierung stellen die EUREGIO, die Euregio Rhein-Waal, die Euregio rhein-maas-nord und die Euregio Maas-Rhein wichtige Ansprechpartner dar. Sie sind z.B. bei Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie den europäischen Strukturfondsprogrammen, darunter insbesondere Interreg Deutschland Nederland und Interreg Maas-Rhein, der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Kommunen und Regionen/Kreise (Partnerschaften) und dem Thema gegenseitiger Spracherwerb von zentraler Bedeutung.